



Meinungsaustausch beim Jahresmeeting des Handelsverbandes (von links): Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Verbandshauptgeschäftsführerin Sabine Hagmann und der wiedergewählte Verbandspräsident Horst Lenk. Schulze



Das Entstehen von immer mehr Einzelhandelsunternehmen ruft nach Ansicht des Branchenverbandes einen gnadenlosen Verdrängungswettbewerb hervor. dpa

Horst Lenk fordert einen Stopp des Flächenwachstums im Handel

Vieles sehen wir wie Sie“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Montagabend beim Spitzentreffen mit dem Handelsverband Baden-Württemberg im Böblinger Meilenwerk. Horst Lenk, Pforzheimer Geschäftsmann und Präsident des Verbandes, freute sich über so viel proklamierter Gemeinsamkeit zwischen der Landesregierung und seinem Verband.

Vieles sehen wir wie Sie“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Montagabend beim Spitzentreffen mit dem Handelsverband Baden-Württemberg im Böblinger Meilenwerk. Horst Lenk, Pforzheimer Geschäftsmann und Präsident des Verbandes, freute sich über so viel proklamierter Gemeinsamkeit zwischen der Landesregierung und seinem Verband.

Immerhin hat Lenk dem neuen Landesvater eine beachtliche Aufreihung an Forderungen mitgegeben.

Zum Beispiel diese: Lenk tritt für eine Beschränkung der maßlosen Handelsflächen-Orgie ein. Bis zum Jahr 2015 werde es in Baden-Württemberg 1,3 Millionen Quadratmeter zusätzliche Verkaufsfläche geben. Alleine in Stuttgart würden bis 2014 rund 125000 Quadratmeter neu geschaffen. „Das führt zu einem gnadenlosen Verdrängungswettbewerb“, sagte der Handelspräsident, der übrigens bei einer Delegiertenversammlung am selben Tag für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt worden ist.

Das geplante Fabrikverkaufszentrum (Factory Outlet Center/FOC) in Sinsheim würde laut Lenk vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen in Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim und Heilbronn bedrohen. Ihnen ginge massiv Umsatz verloren. „Wir sind nicht Verhinderer von Vertriebskonzepten, aber Befürworter von fairen Bedingungen aller Marktteilnehmer. Mit einem Wort: Der richtige Handel am richtigen Standort“, gab der Präsident dem Ministerpräsidenten zu bedenken und mahnte: „Wer Factory Outlet Center genehmigt, muss sich über die Folgen im Klaren sein.“

Lenks Vorschlag an die Landesregierung: „Knüpfen Sie Mittel zur Städtebauförderung künftig auch daran, ob die jeweiligen Empfänger ihre Hausaufgaben im Sinne der Ansiedlungs- und Handelspolitik erledigt haben.“

Ein FOC in Sinsheim stehe im Widerspruch zu den Zielen des Landesentwicklungsprogramms Baden-Württemberg und dem Regionalplan.

Thema Energie: Im Jahr 2010 seien die Energiekosten im Einzelhandel laut einer Studie um bis zu zehn Prozent angestiegen. Lenk dazu: „Strom und Energie müssen bezahlbar bleiben. Die Förderung von erneuerbaren Energien muss sinnvoll und nachhaltig sein. Sie darf aber vor allen Dingen die Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigen. Ich fordere daher auch Förderprogramme für energieintensive Branchen wie den Handel.“ Dieser sei in Baden-Württemberg mit 37500 Unternehmen immerhin der drittgrößte Wirtschaftszweig, beschäftigte 490000 Mitarbeiter, davon 18000 Auszubildende und erwirtschaftete 90 Milliarden Euro pro Jahr. Laut Kretschmann müsse den steigenden Energiepreisen durch verstärkte Energieeffizienzmaßnahmen begegnet werden. Im Übrigen sagte er: „Ich habe großen Respekt vor den Unternehmen und ihren Beschäftigten.“ Erfolgreich und vor allem nachhaltig wirtschaften bedeute für ihn, nicht nur darauf zu schauen, wie viel produziert oder verkauft wird, sondern auch darauf zu achten, was und wie das geschieht. „Ich bin überzeugt, dass nachhaltiges Wirtschaften der Weg ist, der uns in eine erfolgreiche Zukunft führen wird.“

Nachhaltigkeit oberstes Ziel

In diesem Zusammenhang nannte Kretschmann die Nachhaltigkeit als erklärtes Ziel. „Davon lasse ich mich von niemandem abbringen.“ Aber, fügte er hinzu: „Über den Weg dorthin lasse ich durchaus mit mir reden.“ Er widersprach vehement jenen Kritikern, die behaupten, die Landesregierung würde aus ideologischen Gründen den Bau von neuen Straßen ablehnen. „Ich würde gerne so manche Umgehungsstraße bauen. Aber es fehlt am Geld.“ Es ärgere ihn maßlos, wenn gefordert werde, den Haushalt zu sanieren, andererseits aber Forderungen gestellt würden.